



Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

UN Photo/Stuart Price

Am Geld hängt doch alles?

Um die Armut in Entwicklungsländern bis 2030 zu überwinden, sind jährlich ca. 4 Billionen US-Dollar (ca. 3,44 Billionen Euro) an zusätzlichen Investitionen erforderlich. Während diese Zahl monatlich steigt, sinkt die Bereitschaft, für nachhaltige Entwicklung international zusammenzuarbeiten. **VON CHRISTINA KAMP**

Die Herausforderungen sind enorm. Noch immer herrscht in vielen Teilen der Welt große Armut und die Probleme haben mit der Pandemie, dem Klimawandel und kriegerischen Konflikten noch zugenommen. Die Finanzlage vieler Länder ist angespannt. Angesichts hoher Inflation und hoher Zinsen sind viele Länder mit niedrigem Einkommen mit ihren Schulden überfordert. Gleichzeitig sinkt durch eine zunehmend national ausgerichtete Finanzpolitik in vielen Ländern die Bereitschaft in nachhaltige Entwicklung und internationale Zusammenarbeit zu investieren.

In Ländern mit hohem Einkommen wächst der Druck, den Strukturwandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschafts- und Lebensweise zu beschleunigen. Auf entsprechende Zielvorgaben für Entwicklung und Nachhaltigkeit haben sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (United Nations – UN) bereits 2015 verständigt. Mit der **Agenda 2030 und den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung** (Sustainable Development Goals – SDGs) besteht ein klar definierter Handlungsrahmen. Alle Staaten der Welt sollen bis zum Jahr 2030 unter anderem die Armut halbieren, Ernährung, Gesundheit und Bildung verbessern, Gleichberechtigung fördern, Ungleichheit verringern und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Doch die Zwischenbilanz 2025 zeigt: Um die Ziele noch zu erreichen, müssen Finanzierungsströme und Handlungskonzepte noch deutlich fokussierter auf diese Prioritäten ausgerichtet werden.

Die Verantwortung für die Umsetzung der 17 Ziele trägt in erster Linie jedes Land selbst und muss die dazu nötigen Steuereinnahmen generieren. Dazu müssen die Wirtschaftspolitik vielerorts verbessert und Korruption bekämpft werden und es braucht eine transparente, rechenschaftspflichtige Staats- und Regierungsführung. Gleichzeitig ist jedoch klar, dass gerade ärmere Länder die Herausforderungen nicht alleine stemmen können. Deshalb haben sich die UN-Mitgliedstaaten immer wieder auf gemeinsame globale Rahmenwerke zu Entwicklungsfinanzierung geeinigt, etwa auf den **Compromiso de Sevilla** im Jahr 2025 oder die **Addis Abeba Action Agenda** im Jahr 2015. Durch diese Beschlüsse soll die Umsetzung der Agenda 2030 unterstützt werden. Neben der Mobilisierung nationaler öffentlicher Gelder und privater Investitionen geht es darin um Entwicklungszusammenarbeit, Handel und Verschuldung, aber auch um Wissenschaft, Technologie und Innovationen.

Wenige Jahre vor dem eigentlichen Zieldatum für die Umsetzung der Agenda 2030 sieht es laut den Vereinten Nationen danach aus, dass mit dem bisherigen Kurs nur etwa 35 Prozent der Ziele erreicht werden. Umso wichtiger ist der **UN-Prozess zur Entwicklungsfinanzierung**. Bereits 2002 in Monterrey und 2008 in Doha sind die Weichen für mehr internationale Zusammenarbeit bei der Finanzierung von Entwicklung gestellt worden. Trotz großer Uneinigkeit konnten sich die Staaten auch

2025 in Sevilla auf einige wichtige Reformvorhaben etwa zum Umgang mit Staatsschulden verständigen. Die reicheren Industriestaaten haben sich dort auch erneut dazu verpflichtet, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden – auch wenn es in vielen Ländern derzeit einen gegenläufigen Trend gibt. Dieses Versprechen geht bereits auf einen Beschluss der UN-Generalversammlung von 1970 zurück, doch bis heute wurde es nur von wenigen Staaten eingelöst.

Galten in früheren Jahren Einsparungen bei den **Militärausgaben** noch als Option, um Mittel für Nachhaltigkeit und Entwicklung freizusetzen, ist angesichts der veränderten geopolitischen Lage davon kaum noch die Rede. Im Gegenteil: Laut dem Friedensforschungsinstitut Sipri sind die weltweiten Militärausgaben 2024 auf ein Rekordhoch von 2,71 Billionen US-Dollar (ca. 2,31 Billionen Euro) gestiegen. Regierungen laufen Gefahr, die langfristigen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele zu vernachlässigen. Doch Investitionen in Nachhaltige Entwicklung sind Investitionen in die Zukunft: Denn nicht nur Konflikte, sondern auch Katastrophen infolge des Klimawandels können humanitäre Krisen auslösen.

Was heute unterlassen wird, kann sich in Zukunft bitter rächen. Wird jetzt nicht wesentlich schneller und stärker in **Klimaschutz** und **nachhaltige Entwicklung** investiert, werden

- UN-Finanzierung** Seite 2
- Das UN-Abkommen von Sevilla und die Finanzierung der SDGs** Seite 3
- Klimafinanzierung** Seite 4
- Nachhaltige Geldanlagen** Seite 4/5
- Reform der Finanzarchitektur** Seite 6
- Entwicklungszusammenarbeit** Seite 7
- Migration** Seite 8

die Folgekosten erheblich höher sein. Nicht nur finanziell, sondern auch in Form von unumkehrbaren Umweltschäden und unermesslichem menschlichem Leid. Es ist also dringend geboten, einen deutlich größeren Einsatz für die SDGs an den Tag zu legen und auch die politische Kohärenz zu verbessern. Wofür Geld ausgegeben wird, muss im Einklang mit den 17 Zielen stehen. Regierungen können die notwendigen Investitionen in die SDGs voranbringen, indem sie Subventionen und Anreize neugestalten, heißt es im »Globalen Bericht für nachhaltige Entwicklung 2025«. Zum Beispiel indem sie aufhören, fossile Energien zu subventionieren. Dazu braucht es nicht allein mehr Geld, sondern vor allem mehr politischen Willen.

Um die SDGs bis 2030 noch zu erreichen, bekräftigten die Staats- und Regierungschefs auf der 4. Internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla 2025 ihren Willen zur Zusammenarbeit. Trotz globaler Krisen könne die internationale Gemeinschaft sich nicht leisten, sich aus der internationalen Kooperation zurückzuziehen. Denn, wie UN-Generalsekretär António Guterres es einmal formulierte, die SDGs sind nicht nur eine Liste von Zielen, sondern »sie enthalten die Hoffnungen, Träume, Rechte und Erwartungen der Menschen überall auf der Welt«.

Die Finanzierung der Vereinten Nationen: Wenig Geld für große Aufgaben

Für die Aufgaben, die sie erfüllen sollen, sind die Vereinten Nationen seit jeher unterfinanziert. Zuletzt warnte die Weltorganisation sogar vor einem Bankrott.

VON MAX SEIDEL UND OLIVER HASENKAMP

Die finanzielle Lage der Vereinten Nationen (UN) hat sich in den letzten Jahren alarmierend verschlechtert. Im Oktober 2025 warnte UN-Generalsekretär António Guterres sogar vor einem möglichen Bankrott der Weltorganisation. Das liegt daran, dass viele Mitgliedstaaten ihre Beitragszahlungen gar nicht, nur teilweise oder verspätet entrichten – aber auch daran, dass Finanzfragen stets politisch sind und sich die Staaten der Welt immer schwerer tun, in den UN-Budgetverhandlungen einen Kompromiss zu finden.

Käme es tatsächlich zu einem Bankrott, würde dies einen Stillstand der wichtigsten internationalen Organisation bedeuten. Ein solcher konnte nach zähen Verhandlungen zwar erst einmal abgewendet werden, allerdings wurden die Mittel für den UN-Haushalt um etwa 15 Prozent reduziert, was die Organisation bereits zu Entlassungen von Personal zwingt.

Der reguläre Haushalt der Vereinten Nationen ist insgesamt gar nicht so groß. Für das Jahr 2026 umfasst er 3,45 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: der Etat der New Yorker Feuerwehr allein liegt bei 2,64 Milliarden US-Dollar. Der deutsche Bundeshaushalt für das Jahr 2026 umfasst 600 Milliarden US-Dollar – in etwa das 175fache des regulären UN-Haushalts.

Grundsätzlich ist jeder UN-Mitgliedstaat verpflichtet, jährlich einen festgesetzten Anteil dieses UN-Budgets zu zahlen. Diese Pflichtbeiträge umfassen derzeit aber nur knapp 20 Prozent der gesamten UN-Finzen. Der weit größere Teil wird über zusätzliche freiwillige Zahlungen bestritten. Dies ermöglicht den UN zwar, ihre Arbeit und ihre Projekte umzusetzen, erschwert aber die strategische Planung. Da diese Mittel meist zweckgebunden sind, können sie nicht für Notsituationen genutzt werden und untergraben den Grundgedanken der UN, dass alle Staaten gemeinsam die Prioritäten bestimmen.

Die wichtigsten Nehmer und Geber

Die UN sind global aktiv. Der Großteil der Ausgaben verteilt sich jedoch auf eher wenige Staaten, beispielsweise Ausgaben für Friedensmissionen und humanitäre Hilfe in Afghanistan, im Südsudan oder in Mali. Bei der regulären Finanzierung des UN-Systems gilt das Prinzip: größere und reichere Staaten zahlen mehr, kleinere und ärmere Staaten zahlen weniger. Allein die vier größten Pflichtbeitragszahler – die USA (22 Prozent), China (20 Prozent), Japan (6,9 Prozent) und Deutschland (5,7 Prozent) – sollen im Zeitraum 2025–2027 mehr als die Hälfte des UN-Haushalts und damit mehr als die anderen 189 Mitgliedsstaaten zusammen zahlen. Genau hier liegt aber ein besonders großes Problem, denn Ende 2025 betragen allein die Rückstände der USA bei der Zahlung von Pflichtbeiträgen aus früheren Jahren 1,5 Milliarden US-Dollar, bei China etwa 600 Millionen. Zusammengerechnet ist das weit mehr als die Hälfte des regulären jährlichen UN-Budgets.

Oft sind die 193 UN-Mitgliedstaaten unterschiedlicher Auffassung, wie die zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden sollen. Viele Länder des Globalen Südens fordern

etwa mehr Investitionen in nachhaltige Entwicklung, während Länder des Globalen Nordens mehr Mittel für Sicherheit nutzen wollen. Der Aufstieg Chinas zum zweitgrößten Pflichtbeitragszahler hat hier eine deutliche Verschiebung in der Machtverteilung in den Budgetverhandlungen mit sich gebracht.

Das UN-System versucht, Kosten zu reduzieren

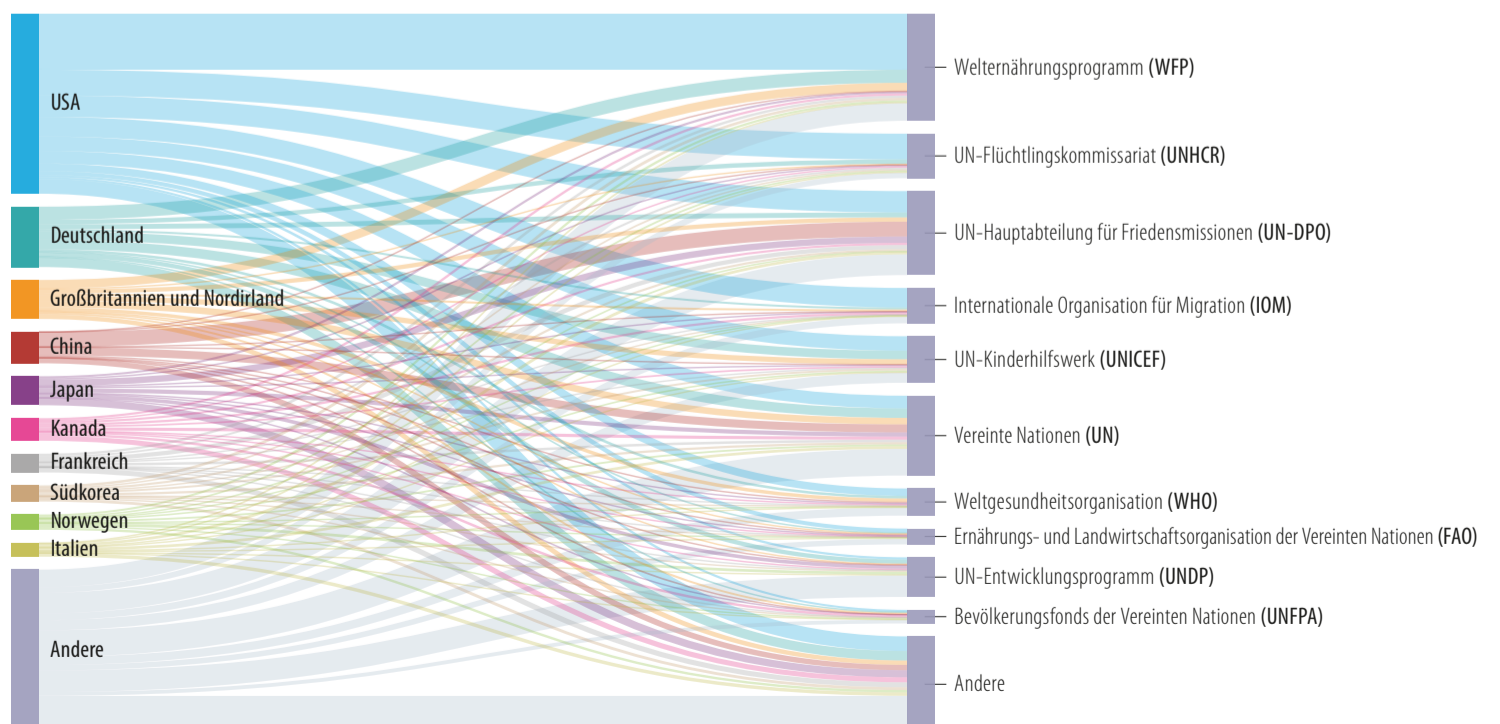
Dem sogenannten UN-System gehören auch zahlreiche zusätzliche eigenständige und themenspezifische Organisationen an. Diese verfügen meist über eigene Haushalte. Neben der Friedenssicherung weisen insbesondere die Zusammenarbeit zu Gesundheit in der Weltgesundheitsorganisation (WHO), zu humanitärer Hilfe zum Beispiel über das Welternährungsprogramm (WFP) sowie zu nachhaltiger Entwicklung etwa über das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) vergleichsweise große

Ausgaben auf. Insgesamt wird dort ein Vielfaches des regulären UN-Haushalts ausgegeben.

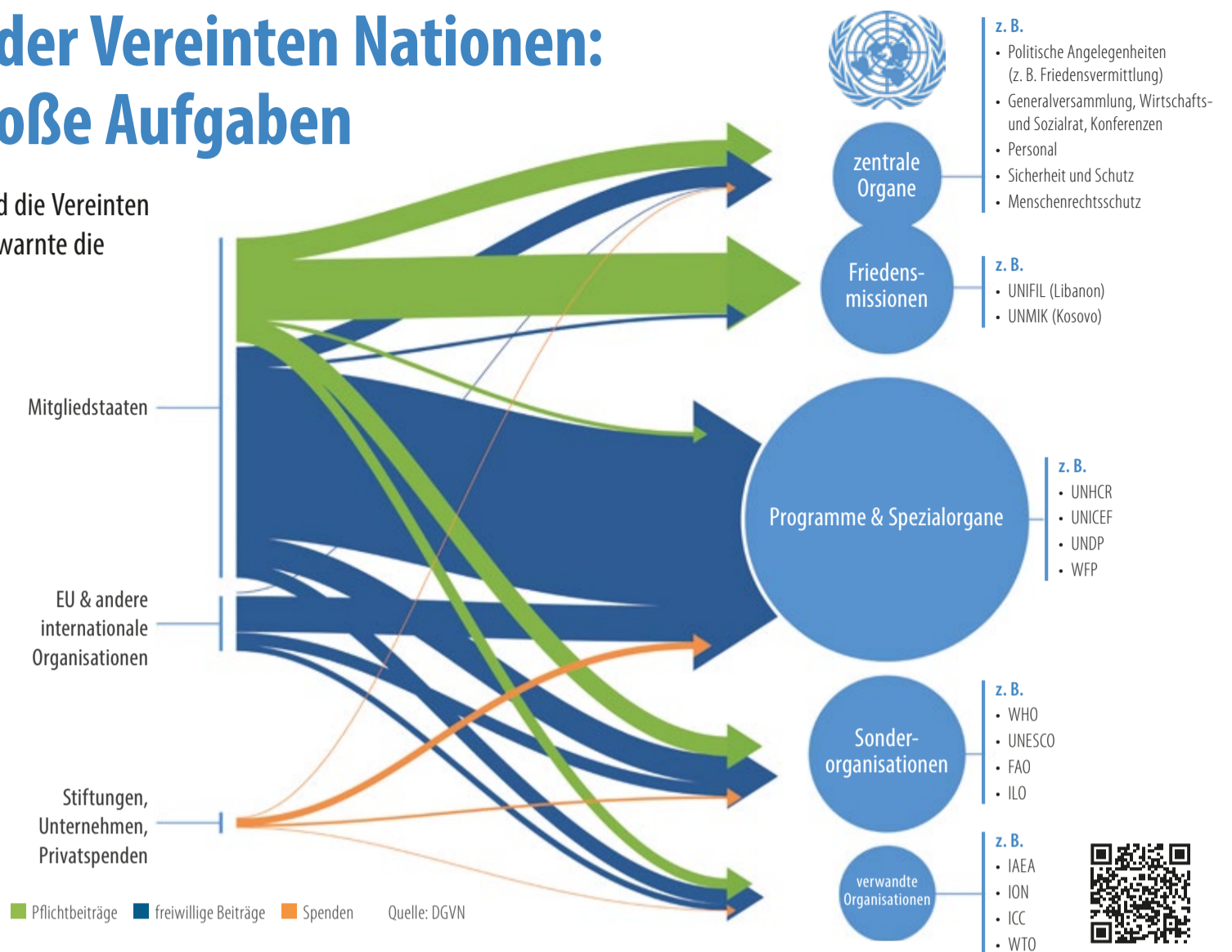
Doch auch bei vielen dieser Organisationen schränken mangelnde Zahlungsbereitschaft und finanzielle Kürzungen die Arbeit des UN-Systems zunehmend ein – nicht erst, seitdem US-Präsident Donald Trump im Januar 2026 den Austritt der USA aus zahlreichen UN-Organisationen erklärt hat. Die UN versuchen, dem finanziellen Druck mittels Reformen zu begegnen, um die Effizienz der Organisation zu steigern und Kosten zu senken. Dazu gehört auch, dass zahlreiche UN-Büros aus teuren Orten wie New York oder Genf in andere Städte umziehen, unter anderem zum deutschen UN-Standort in Bonn.

Einige Abschnitte dieses Textes basieren auf einer früheren Version von Dr. Ronny Patz aus dem Jahr 2023. Alle Zahlen sind auf dem Stand von Januar 2026 aktualisiert.

Zahlungsströme der zehn wichtigsten Geberländer an verschiedene Organisationen des UN-Systems (Stand: 2024, vor dem Rückzug der USA aus vielen UN-Organisationen)



Quelle: UN System Chief Executives Board for Coordination (CEB) (2024): <https://unsceb.org/fs-revenue-government-donor>



- zentrale Organe**
 - z. B. Politische Angelegenheiten (z. B. Friedensvermittlung)
 - Generalversammlung, Wirtschafts- und Sozialrat, Konferenzen
 - Personal
 - Sicherheit und Schutz
 - Menschenrechtsschutz
- Friedensmissionen**
 - z. B. UNIFIL (Libanon)
 - UNMIK (Kosovo)
- Programme & Spezialorgane**
 - z. B. UNHCR
 - UNICEF
 - UNDP
 - WFP
- Sonderorganisationen**
 - z. B. WHO
 - UNESCO
 - FAO
 - ILO
- verwandte Organisationen**
 - z. B. IAEA
 - ION
 - ICC
 - WTO



Zwei UN-Haushalte

Der ordentliche (»reguläre«) Haushalt der UN ermöglicht die Daueraufgaben des UN-Sekretariats. Er deckt z. B. Personalkosten, Ausgaben für die UN-Amtssitze, Kommunikation, Sitzungen und Konferenzen. Die **Pflichtbeiträge** für UN-Friedensmissionen ähneln denen des regulären Haushalts, wobei die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (China, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA) höhere Beiträge zahlen. Diese Ausgaben machen aber nur einen Teil der Gesamtausgaben aller Organisationen im UN-System aus. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) bezog zum Beispiel im Jahr 2024 nur etwa ein Prozent seiner 4,4 Milliarden US-Dollar (3,75 Milliarden Euro) Ausgaben aus dem ordentlichen UN-Haushalt. Die restlichen 99 Prozent setzten sich aus **freiwilligen Beiträgen** von Mitgliedstaaten, von der Europäischen Union oder aus **Spenden** zusammen. Ohne diese zusätzlichen freiwilligen Beiträge würde das UN-System nicht funktionieren.



Das UN-Abkommen von Sevilla und seine Umsetzung

Ohne Reformen der internationalen Finanzarchitektur kann es keine Entwicklung geben. VON BODO ELLMERS

Die internationale **Finanzarchitektur*** spielt eine entscheidende Rolle dabei, Finanzmittel für Entwicklung zu mobilisieren und sie auf die richtigen Zwecke auszurichten. Die Herausforderungen sind enorm. Einerseits sind Institutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds (IMF) mittlerweile veraltet und stecken seit vielen Jahren in einem Reformstau. Andererseits gibt es massive Lücken in der Finanzarchitektur: Für wichtige Bereiche wie die Steuerkooperation oder für die Lösung komplexer Schuldenkrisen gibt es gar keine Institutionen, die alle relevanten Akteure umfassen und so effektiv die Krisen lösen können.

UN-Generalsekretär António Guterres hat diese Situation im Vorlauf des UN-Zukunftspipfels im Jahr 2024 mit drastischen Worten zusammengefasst: »Die internationale Finanzarchitektur ist veraltet, dysfunktional und ungerecht.« Leidtragende sind ganz besonders Länder im Globalen Süden. Denn sie sind nicht nur auf externe Entwicklungsfinanzierung durch Staaten und Organisationen angewiesen, sie brauchen auch ein wirksames finanzielles Sicherheitsnetz, wenn sie von Krisen und wirtschaftlichen Schocks getroffen werden.

Der bedeutendste Politikprozess bei den Vereinten Nationen in diesem Bereich ist der *Financing for Development-Prozess*. Seit 2002 fanden vier Weltkonferenzen statt, um Reformen der internationalen Finanzarchitektur voranzutreiben, die jüngste davon im Sommer 2025 in Sevilla. Die Coronakrise und der massive Rückstand bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) legen die Defizite der Finanzarchitektur schonungslos offen. Zusätzlich zu diesen gewaltigen Herausforderungen ist das politische Umfeld derzeit sehr schwierig: So sind die USA kurz vor der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Sevilla aus den Verhandlungen ausgestiegen.

Das hat den Rest der Weltgemeinschaft nicht davon abgehalten, sich im Konsens auf ein neues globales Rahmenwerk für die Entwicklungsfinanzierung zu einigen. Was sind zentrale Elemente in diesem »Compromiso de Sevilla«, wie das neue Abkommen im spanischen Original heißt?

Private und öffentliche Investitionen: Die UN-Mitgliedsstaaten haben sich erneut dazu bekannt, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen die Mittel effizienter eingesetzt werden, unter anderem durch Vereinbarungen im Rahmen eines gestärkten UN-Forums für Entwicklungszusammenarbeit. Multilaterale Entwicklungsbanken sollen ihre Kreditvergabe verdreifachen, um Ländern des Globalen Südens eine Alternative zu teurem Kapital von den Finanzmärkten zu bieten. Dazu wurden Maßnahmen zur Senkung der Kapitalkosten vereinbart, wird zu Reformen der Finanzmarktregulierung aufgerufen und soll auf UN-Ebene mit und über Kreditratingagenturen verhandelt werden, da diese den »Preis des Geldes« maßgeblich beeinflussen. Damit sollen ärmere Länder des Globalen Südens wichtige Investitionen mit ähnlich günstigem Kapital finanzieren können, wie das im Globalen Norden der Fall ist.

Steuern und Steuerkooperation: Die Staaten wollen sich konstruktiv an den Verhandlungen einer UN-Steuerkonvention beteiligen, die bereits angelaufen sind. Das ist wichtig, um die Besteuerung großer Konzerne zu verbessern, deren Steuertricks die öffentlichen Haushalte ca. 500 Milliarden US-Dollar jährlich kosten. Steuerhinterziehung soll wirksamer bekämpft, globale Vermögenswerte transparenter gemacht und progressive Steuersysteme gefördert werden, um Ungleichheit zu verringern. Im Rahmen der Aktionsplattform von Sevilla, die über 100 zusätzliche Initiativen von so genannten »Koalitionen der Willigen« beinhaltet, wurde auch beschlossen, eine Reichensteuer voranzutreiben.

Kreditvergabe und Schuldenkrisen: Hohe Staatsverschuldung im Globalen Süden raubt den Regierungen Spielraum. Um dies zu verhindern und damit Armut zu bekämpfen, muss eine effektivere »Schuldenarchitektur« – also ein internationales, regelbasiertes System zum Umgang mit Staatsschulden – geschaffen werden. Eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe bei der UN-Generalversammlung soll in den nächsten Jahren einen Plan für eine Reform ausarbeiten. Eine vom UN-Generalsekretär einberufene Gruppe von Expertinnen und

»Wir sind hier [...], um einen Kurswechsel vorzunehmen. Um den Motor der Entwicklung zu reparieren und anzukurbeln [...]. Und um ein gewisses Maß an Fairness und Gerechtigkeit für alle wiederherzustellen«, sagte UN-Generalsekretär António Guterres (rechts im Bild) bei der Eröffnung der 4. Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im Juni 2025. (UN Photo/Manuel Elías)

Experten wird Prinzipien zur verantwortlichen Kreditvergabe entwerfen, damit Schuldenkrisen gar nicht erst entstehen. Gläubigerländer sind aufgefordert, mit Schuldenumwandlungen zur Reduktion der Schulden ärmerer Länder beizutragen. Außerdem sollen sie mit Klimaklauseln in Kreditverträgen dafür sorgen, dass Länder die Rückzahlung von Schulden aussetzen können, wenn sie von Klimakatastrophen betroffen sind.

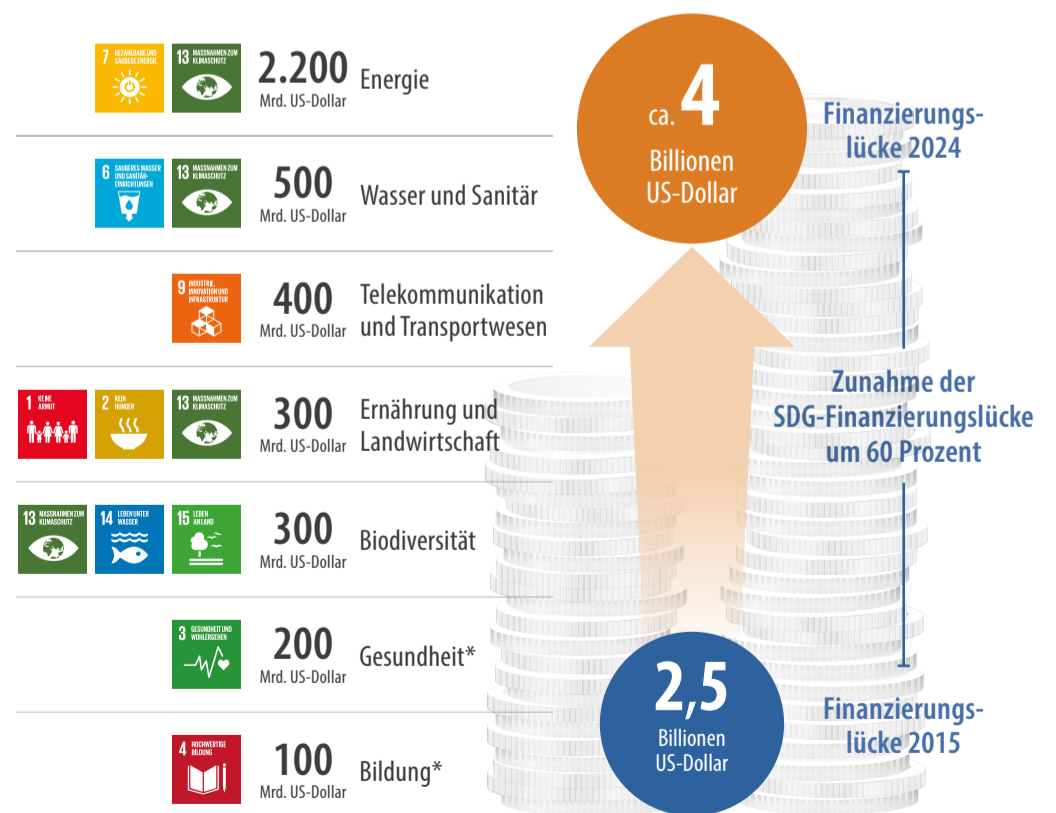
Die Konferenz in Sevilla hat viele bedeutende Reformprozesse angestoßen. Der Haken: kaum einer davon wurde abgeschlossen. Eine effektive Umsetzung in den nächsten Jahren, sowohl innerhalb des UN-Systems als auch darüber hinaus, sind nun entscheidend dafür, dass aus vagen politischen Vereinbarungen

handfeste Innovationen werden. Zentral dafür ist der politische Wille, gerade auch von einem Land wie Deutschland als bedeutender Wirtschaftsmacht. Denn Multilateralismus lebt vom Mitmachen.

* Wird von der internationalen Finanzarchitektur gesprochen, ist damit das gesamte Gefüge aus Finanzmärkten, Banken, internationalen Institutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds sowie Regelwerken gemeint.

Bodo Ellmers ist Geschäftsführer des Global Policy Forum (GPF).

Geschätzte Finanzierungslücke in wichtigen Sektoren



Quelle: Financing for Sustainable Development Report 2024: Financing for Development at a Crossroads, S. 72. United Nations (New York).
* Aufgrund der unsicheren Datenlage geht der Bericht für Gesundheit von zusätzlich notwendigen Investitionen in Höhe von mindestens 100 und bis zu 400 Mrd. US-Dollar aus, bei Bildung von bis zu 200 Mrd. US-Dollar.

Klimafinanzierung in der Krise

Bis 2035 soll die Klimafinanzierung auf 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr steigen. Das Geld soll Entwicklungs- und Schwellenländern dabei helfen, ihren meist recht geringen Treibhausgasausstoß zu senken und sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. **VON SANDRA KIRCHNER**

Vielen Ländern des Globalen Südens fehlen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels die finanziellen Mittel. Das soll die Klimafinanzierung ausgleichen, die in der UN-Klimarahmenkonvention von 1992 sowie im Pariser Klimaabkommen von 2015 vertraglich vereinbart ist. Wie viel einzelne Industriestaaten geben sollen, ist darin nicht festgelegt. Jeder Staat entscheidet selber, wie viel Geld er zahlt.

Auf der UN-Klimakonferenz 2024 in Baku (COP 29) haben sich die Staaten auf ein neues Ziel für die internationale Klimafinanzierung geeinigt. Dieses Ziel heißt »New Collective Quantified Goal« (NCQG). Konkret bedeutet es: Die wohlhabenden Industrieländer wollen ihre finanzielle Unterstützung für Entwicklungs- und Schwellenländer bis zum Jahr 2035 auf 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöhen. Gleichzeitig werden auch die Entwicklungs- und Schwellenländer dazu ermutigt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst Beiträge zu leisten.

Außerdem sind alle Akteure – also Staaten, internationale Organisationen und private Investorinnen und Investoren – dazu aufgerufen, die gesamte Klimafinanzierung für Entwicklungs- und Schwellenländer bis 2035 auf 1,3 Billionen US-Dollar pro Jahr zu erhöhen. Derzeit gibt es jedoch wenig Anzeichen dafür, dass dieses Finanzierungsziel in absehbarer Zeit erreicht wird. Klimafinanzierung steht weltweit unter Druck, weil viele Regierungen ihr Geld für

Probleme wie Kriege, steigende Energiepreise oder soziale Unterstützung ausgeben und die öffentlichen Haushalte nur begrenzten Spielraum lassen.

Gebrochene Versprechen

Schon in der Vergangenheit taten sich die Industriestaaten schwer damit, ihre Zusagen bei der Klimafinanzierung einzuhalten. Im Jahr 2022 erreichte und übertraf die Klimafinanzierung der Industrieländer erstmals die Marke von 100 Milliarden US-Dollar – ein Ziel, das ursprünglich bereits 2020 erreicht werden sollte.

Deutschland hat zugesagt, spätestens ab 2025 jedes Jahr sechs Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für internationale Klimafinanzierung bereitzustellen. Dieses Ziel wurde in den Jahren 2022 und 2024 bereits erreicht. Zwar bekennt sich die Bundesregierung weiterhin zu diesem Versprechen. Gleichzeitig wurde jedoch der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) deutlich gekürzt. Diese Einsparungen könnten es künftig erschweren, das bisherige Niveau dauerhaft zu halten und sogar zu einem Rückgang der deutschen Klimafinanzierung führen.

Umwelt- und Entwicklungsverbände fordern dagegen einen anderen Kurs: Statt Kürzungen brauche es eine deutliche Aufstockung der Mittel mit dem Ziel, die deutsche Klimafinanzierung bis 2030 auf zwölf Milliarden



Installation von Solarkollektoren auf dem Dach der Vereinten Nationen in New York. (UN Photo/Mark Garten)

Euro pro Jahr zu erhöhen. Die bereitgestellten Mittel halten allerdings kaum mit dem tatsächlichen Bedarf Schritt. Bis 2030 brauchen die Schwellen- und Entwicklungsländer jedes Jahr eigentlich 2,4 Billionen US-Dollar (ca. 2,26 Billionen Euro) für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Bislang fließt der größte Teil der Klimafinanzierung in den Klimaschutz, um die Treibhausgasemissionen in Entwicklungsländern zu senken. Damit werden beispielsweise der Ausbau erneuerbarer Energien oder die Förderung der E-Mobilität finanziert. Nur ein Viertel der Klimagelder wird für Anpassung vergeben, obwohl die Gelder eigentlich je zur Hälfte in beide Bereiche fließen sollen. Entwicklungsländer können folglich nur begrenzt selbst entscheiden, wofür Klimafinanzierung eingesetzt wird.

Ungleiche Hilfe

Auch wird die Finanzierung nicht gleichmäßig verteilt. Von dem meisten Geld profitiert eine kleine Minderheit von Schwellenländern

wie etwa Brasilien, Indien oder Südafrika, während viele Entwicklungsländer bislang nur wenig Unterstützung bekommen haben. Häufig werden die Mittel auch nicht als Zuschüsse vergeben, sondern als Kredite, müssen also zurückgezahlt werden. Das heißt, es wird eigentlich viel weniger für die Klimafinanzierung ausgegeben, als die Industrieländer offiziell angeben. Das ist in mehrfacher Hinsicht ein Problem. Die Länder des Globalen Südens sind noch stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, obwohl sie kaum zum Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase beigetragen haben. Häufig fehlen ihnen die finanziellen Ressourcen, um sich vor Stürmen, Dürren, Überschwemmungen oder Küstenerosion zu schützen.

Das unerfüllte Versprechen belastet zudem die internationale Klimadiplomatie. Es droht ein Vertrauensverlust, wenn die Industrieländer ihre Zusagen nicht einlösen. Dies kann die Grundlagen internationaler Zusammenarbeit insgesamt schwächen.

»Über Geld spricht man nicht« war gestern

Unser Bewusstsein für Nachhaltigkeit ist in vielen Lebensbereichen stark gestiegen, sei es beim Konsum von Nahrungsmitteln, in der Mode oder Mobilität. Wie uns auch die Nachhaltigkeit unseres Finanzsystems unmittelbar betrifft und welche Handlungsoptionen es gibt, besprachen wir mit Finanzexpertin Kristina Jeromin.



Foto: privat

Kristina Jeromin

ist Geschäftsführerin des Green and Sustainable Finance Cluster Germany. Als Mitglied des Sustainable Finance-Beirats der deutschen Bundesregierung verfolgt sie seit mehreren Jahren auf nationaler Ebene und im europäischen Raum die Entwicklungen zu Sustainable Finance.

Sie setzen sich für »Sustainable Finance« ein. Was versteht man darunter?

Unter Sustainable Finance versteht man die Aktivierung des Finanzsystems zur Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation unserer wirtschaftlichen Wertschöpfung. Geld entfaltet Wirkung in der Welt. Das Geld, das in einer Firma mit hohem CO₂-Ausstoß steckt, die unter Umständen nicht-nachhaltige Güter produziert, könnte an anderer Stelle sehr viel wertvoller sein – nämlich da, wo es Unternehmen hilft, mit ihren Emissionen auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen, die Arbeitenden unter sozial gerechten Bedingungen zu beschäftigen, etc. Das heißt, wir müssen uns bei jedem Euro fragen: Wo wird er investiert? Ist er dort an der richtigen Stelle? Unterstützt er dort die richtigen Werte? Bringt uns diese Investition auf dem Weg, die Ziele für nachhaltige

Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen, voran? Wenn nein, raus mit dem Euro, um zu investieren.

Dabei ist mir ganz wichtig, dass es nicht darum geht, nur in heute bereits nachhaltige Unternehmen zu investieren oder diese finanziell zu unterstützen. Wir müssen gerade bei den Unternehmen ansetzen, die bei der Gestaltung zukunftsfähiger Unternehmensstrukturen noch Herausforderungen sehen, die sich aber Ziele gesetzt haben und die zur Erreichung dieser Ziele finanzielle Unterstützung brauchen. Genau da müssen wir ansetzen, denn das wird dann am Ende den Unterschied machen. Das sind keine rein moralischen Werte, das sind wirtschaftliche Werte. Nur die Unternehmen, die sozial gerecht und ökologisch sinnvoll arbeiten, werden zukunftsfähig sein.

Wie können wir als Konsumentinnen und Konsumenten konkret unser Geld in den Dienst der Nachhaltigkeit stellen?

Die Macht der Konsumentinnen und Konsumenten ist tatsächlich enorm. Und damit natürlich auch unsere Verantwortung. Gerade in Deutschland heißt es ja gerne, über Geld spricht man nicht. Das ist tatsächlich schon ein grundlegender Fehler. Denn wir geben

jeden Tag Geld aus. Wir investieren über unsere Sparpläne bei der Bank, wir geben unsere Versicherungen Geld. Dieses Geld bleibt nicht im geschlossenen Raum, sondern wird angelegt. Jeden Tag treffe ich über Kaufentscheidungen, aber auch durch die Wahl meiner Bank oder Versicherung, Entscheidungen, die eine finanzielle Wirkung in der Welt entfalten. Und ich habe es in der Hand, diese Wirkung auszugestalten.

Inwiefern ist ein Produkt nachhaltig? Was weiß ich darüber? Das ist komplex. Aber wir beschwören ja immer unsere individuelle Freiheit. Individuelle Freiheit aber geht mit Verantwortung einher. Die Welt ist komplex und in dem Moment, in dem ich mich als selbstbestimmte, verantwortliche Konsumentin in dieser Welt bewegen möchte, muss ich viele Informationen heranziehen, um verantwortungsbewusste, nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Gibt es in diesem Bereich schon genug Transparenz, die solche Entscheidungen erleichtert? Im Bereich Sustainable Finance sprechen wir von so genannten ESG-Informationen: »Environmental, Social, Governance«. Man zieht ökologische, soziale und Unternehmensführungsaspekte einer Investition zusätzlich zu

den klassischen Finanzkennzahlen heran, um zu bestimmen, ob es eine nachhaltige Investition ist. Dementsprechend gibt es bei den Banken ESG-Finanzprodukte, in die ich mein Geld investieren kann. Jetzt ist dieses Label »ESG« noch nicht standardisiert. Über lange Jahre war das im Prinzip eine freiwillige Bewegung, die von Nachhaltigkeitsratings und -rankings unterstützt wurde, die bei Unternehmen diese Kennzahlen erhoben haben. Da gibt es also noch viele verschiedene Lesarten, diese Daten auszuwerten.

Wie lässt sich politisch gesteuert mehr Sicherheit für die Konsumentinnen und Konsumenten schaffen?

Dazu brauchen wir klare, rechtlich verbindliche Standards, die seitens der Politik vorgegeben und geprüft werden. Wir sind aktuell auf dem Weg, dass diese Standards im Markt entstehen, über den so genannten EU Action Plan on Sustainable Finance, ein großes Regulierungspaket der EU-Kommission. Aber, und das ist mir ganz wichtig: Diese sich aufbauenden Standards entbinden uns persönlich nicht, das Gespräch in der Bank zu führen. Denn die Standards sind noch nicht das Gelbe vom Ei. Was aber nicht heißt, dass man ESG-Nachhaltigkeit nicht nachfragen sollte. Denn

in dem Moment, in dem die Banken merken, dass Nachhaltigkeit zunehmend nachgefragt wird, haben sie dann noch mehr Interesse, ein entsprechendes Produktportfolio verlässlich aufzubauen. Allein über das Interesse, über die Nachfrage im Beratungsgespräch schafft man eine bessere, transparentere und vor allem vielseitigere Angebotsseite.

Welche weiteren wichtigen politischen Stell-schrauben gibt es, um Kapitalströme in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken?

Auch auf politischer Seite ist zunächst einmal ein Bewusstsein notwendig, dass Finanzierungsfragen Querschnittsaufgaben sind. Man bekommt keine Verkehrswende hin, auch keine Verbesserung des Bildungssystems und auch keine zukunftsfähige Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes, wenn man nicht investiert. Das kostet alles am Ende Geld. Auch seitens des Staates sind hier Investitionen notwendig. Wir müssen schauen, dass sich die öffentliche

Hand an der gesetzten Nachhaltigkeitsagenda ausrichtet. Auch für die Privatwirtschaft hat es eine enorm wichtige Signalwirkung, dass der Staat seine eigenen Investitionen entsprechend nachhaltiger Werte steuert.

Dann macht der Staat natürlich Regeln für die Wirtschaft, um Kapital im privatwirtschaftlichen Bereich zu lenken. Hier ist eine große Säule der Regulierung die Transparenz und Berichterstattung. Unternehmen sind aufgefordert, ihre Geschäftskennzahlen offenzulegen. Die neuen Kennzahlen aus dem Nachhaltigkeitsbereich – »Environmental, Social, Governance« – müssen in diese rechtlich verbindliche Unternehmensberichterstattung integriert werden.

Schließlich braucht es für die Finanzwirtschaft rechtlich verbindliche Regeln, wie diese Informationen, die sie von den Unternehmen bekommen, in die Kreditvergabe, in die

Investitionsentscheidungen einfließen. Es gilt sicherzustellen, dass Nachhaltigkeit eine relevante Größe im Rahmen der Investment-Entscheidung oder der Kreditvergabe darstellt.

Welche Bedeutung kommt der internationalen Ebene zu?

Geld bewegt sich um den Globus. Wir brauchen also einen politischen Rahmen, der mindestens europäisch funktioniert, und wir brauchen im Rahmen internationaler Verhandlungen ein starkes Bewusstsein dafür, dass Finanzierung und verbindliche Standards für nachhaltige Finanzierung auf die Agenda der internationalen Staatengemeinschaft gehören.

International gibt es auch schon lange die Finance Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Diese hat vor einigen Jahren die Financial Centres for Sustainability gegründet. Da geht es darum, Austausch zwischen den einzelnen Finanzzentren global zu

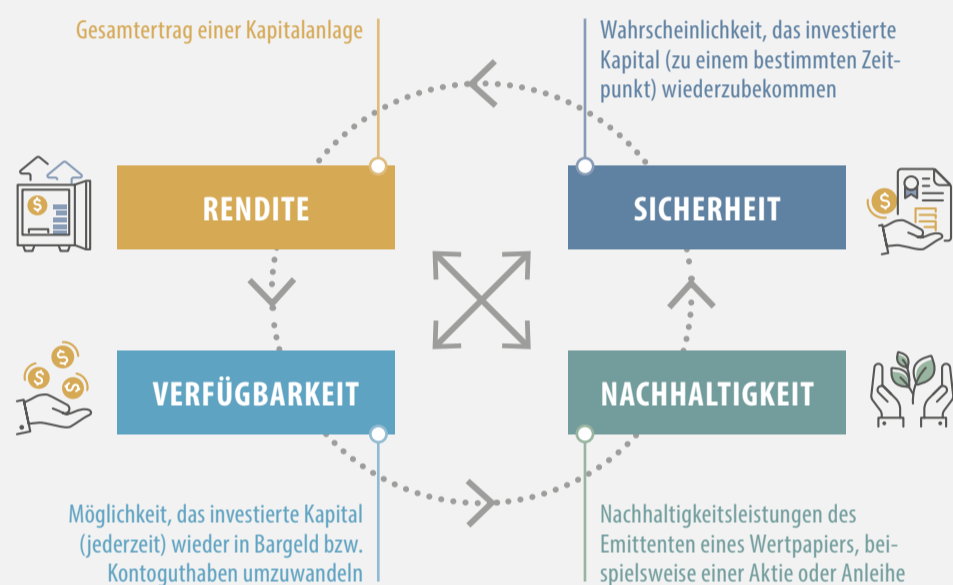
schaffen und miteinander und voneinander zu lernen. Jeder Finanzplatz, jeder Wirtschaftsstandort ist anders strukturiert. Deutschland ist beispielsweise sehr bankenlastig und hat einen sehr großen Mittelstand.

Gibt es Länder, von denen wir lernen können?

In einigen anderen europäischen Staaten hat das Thema Sustainable Finance schon früher und schneller an Fahrt aufgenommen. In Frankreich, Luxemburg oder den Niederlanden hat sich die Politik schon sehr früh eingeschaltet. Man muss nicht immer warten, bis ein Gesetzesentwurf perfekt ist. Wir müssen gerade in diesen Zeiten des Wandels, wo wir versuchen sowohl realwirtschaftliche Wertschöpfung als auch finanzwirtschaftliches Wirken nachhaltig umzubauen, mit gewissen Versuchssituationen arbeiten, die dann wiederum den nächsten Schritt auf der gemeinsamen Agenda fördern.

Die Fragen stellte Christina Kamp im Jahr 2023.

Nachhaltige Geldanlagen ...



Quelle: NKI – Institut für nachhaltige Kapitalanlagen (2019) in Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. (2019): Nachhaltige Kapitalanlagen – eine Einstiegshilfe. Berlin.

Bei nachhaltigen Kapitalanlagen wird auch gerne von der »doppelten Dividende« gesprochen. Zur finanziellen Rendite kommt die Verfolgung wichtiger sozialer und ökologischer Ziele. Letztlich ist dies eines der stärksten Argumente für die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Anlagestrategien: Bei vergleichbaren (oder besseren) finanziellen Erträgen wird gleichzeitig ein Nutzen für Umwelt und Gesellschaft erzielt.

... mit doppelter Dividende

Wie Investitionen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), des Pariser Klimaabkommens und anderer Nachhaltigkeitsvorhaben beitragen können, wird in der Finanzwirtschaft intensiv diskutiert. Denn immer mehr Menschen, die Geld anlegen wollen, fragen sich, was es bewegen kann. Beim nachhaltigen Investieren achten Anlegerinnen und Anleger daher nicht nur auf finanzielle Kennzahlen, sondern beziehen auch Nachhaltigkeitsfaktoren aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung in ihre Entscheidung ein. So werden auch die Auswirkungen der Investition auf Umwelt und Gesellschaft berücksichtigt.

Investments, die nicht nur eine finanzielle Rendite abwerfen, sondern auch einen konkreten, positiven Beitrag zur Lösung ökologischer und sozialer Probleme leisten, werden »Impact Investments« genannt. Sie werden anhand von fünf Merkmalen – Intentionalität, Zusätzlichkeit, Wirkungskanälen, Messbarkeit und Transparenz – überprüft. Dabei handelt es sich um einen ambitionierten Nachhaltigkeitsansatz.

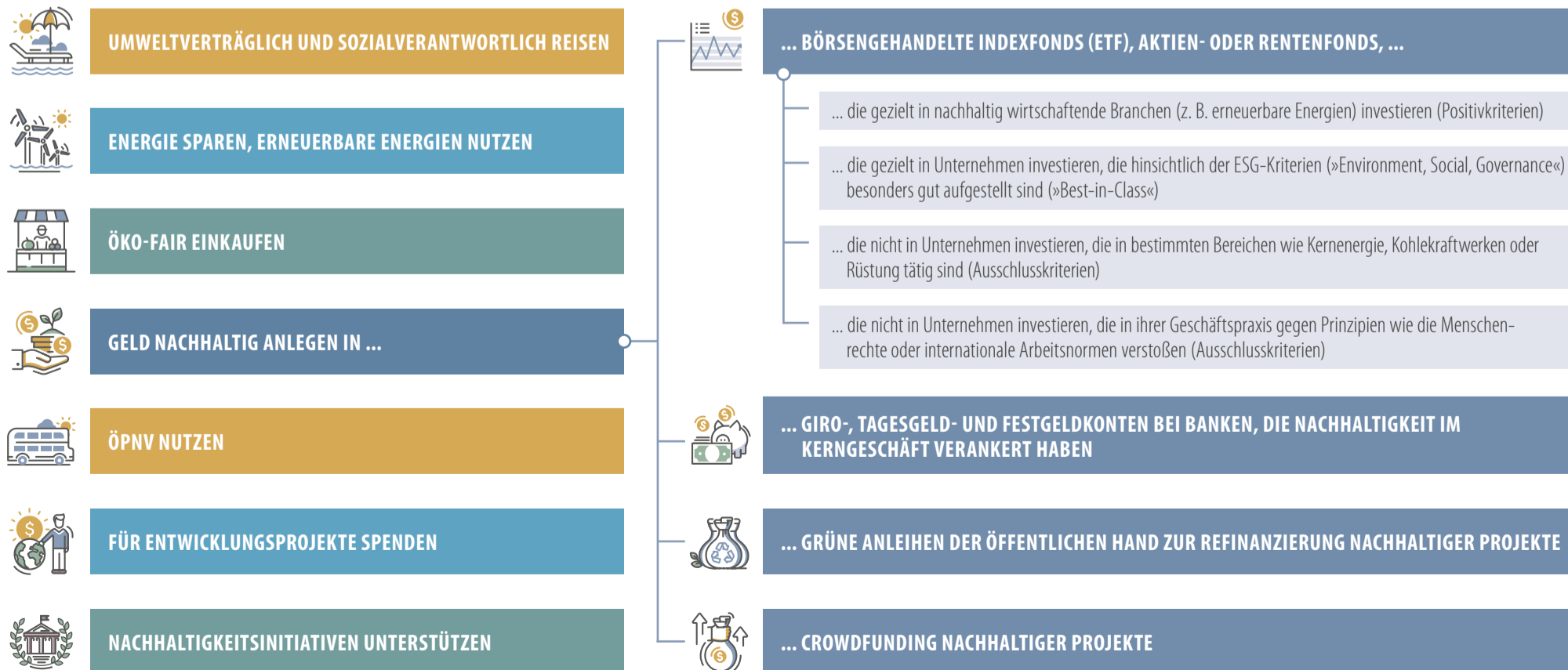
Da aber grundsätzlich jedes Investment eine Wirkung hat, sollten nicht nur positive Beiträge, sondern auch negative Auswirkungen berücksichtigt

werden. Die Messung und direkte Zuordnung von Wirkungen ist hochkomplex, insbesondere bei Kapitalanlagen, die an der Börse gehandelt werden und vor allem in Publikumsfonds (investierbar für Privatanlegerinnen und -anleger) enthalten sind. Mittlerweile nutzen viele Anbieter auch die SDGs als Rahmenwerk für die Wirkungsmessung. Dabei werden relevante Indikatoren festgelegt und bestmöglich den entsprechenden SDGs zugeordnet. Allerdings steht diese Wirkungsmessung noch am Anfang. Die erzielte Wirkung kann in regelmäßigen Berichten (»Impact Reports«) nachvollzogen werden.

Um die Entwicklung eines Finanzsystems zu unterstützen, das die sozial-ökologische Transformation der Realwirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen vorantreibt, setzt sich das Forum Nachhaltige Geldanlagen als Fachverband im deutschsprachigen Raum seit 2001 für nachhaltige Investments ein. Mit Nachhaltigkeitsprofilen nachhaltiger Investmentfonds bietet das Forum eine Übersicht von Anlagestrategien und relevanten Eckdaten, die helfen, sich einen ersten Überblick zu verschaffen.

Verena Menne, Geschäftsführerin des Forums Nachhaltige Geldanlagen

Vorausschauend denken – Informiert entscheiden – Nachhaltigkeit fördern



Ohne Reformen keine nachhaltige Entwicklung

Die globale Entwicklungsfinanzierung steckt in einer Krise. Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen, braucht es Reformen und ausreichend Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit.

VON BENJAMIN ROSENTHAL

Wenige Jahre verbleiben bis 2030, dem Horizont zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Längst ist klar: Trotz einiger Fortschritte werden die meisten dieser universellen Entwicklungsziele verfehlt, insbesondere in Ländern des Globalen Südens. Das zeigt sich unter anderem in der unzureichenden Armutsbekämpfung, der Beseitigung von Ungleichheit und in der Geschlechtergerechtigkeit.

Schon 2015 betrug die jährliche Finanzierungslücke für die Umsetzung der SDGs rund 2,5 Billionen US-Dollar. Inzwischen hat eine Vielzahl globaler Krisen, darunter der Klimawandel, Kriege, die Corona-Pandemie, steigende Inflation und geoökonomische Konflikte, diese Lücke weiter vertieft. Länder mit niedrigem Einkommen werden von den Krisen besonders getroffen und verfügen kaum über finanzielle Ressourcen, um angemessen zu reagieren. Die UN schätzen, dass inzwischen über 4 Billionen US-Dollar pro Jahr zusätzlich nötig wären, um die SDG-Finanzierungslücke zu schließen – mehr als das Sechsfache des deutschen Bundeshaushalts.

Die große Finanzierungslücke ist auch das Ergebnis eines Staus dringend benötigter Reformen in der globalen Finanzierungsarchitektur. Bei internationaler Steuerkooperation, der Lösung der globalen Schuldenkrise und der Mobilisierung von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) wurden nötige Reformen verschleppt. Innere Widersprüche, Machtungleichheiten und geoökonomische Konfrontationen untergraben die internationale Zusammenarbeit. Die Kürzungen finanzieller Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und der Rückzug auf nationale Prioritäten in vielen Staaten gefährden hart

er kämpfte Entwicklungserfolge. Ein Umdenken ist notwendig für stärkere, gleichberechtigte Kooperation mit den Ländern des Globalen Südens, damit globale Zukunftsfragen gelöst werden können.

Internationale Steuerkooperation stärken und Ungleichheit abbauen

Wir leben in einer extrem ungleichen Welt: Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verfügen über die Hälfte des weltweiten Einkommens und besitzen rund drei Viertel des weltweiten Vermögens. In 71 Entwicklungsländern liegt das Steueraufkommen hingegen dauerhaft unter 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), mit nur geringen Fortschritten im vergangenen Jahrzehnt. In diesen Ländern stammt ein Großteil der Steuereinnahmen aus Steuern auf Konsumgüter, die ärmere Bevölkerungsgruppen am meisten belasten.

Im »Compromiso de Sevilla« der Vereinten Nationen wurde verankert, dass Entwicklungsländer unterstützt werden sollen, eine Steuerquote von mindestens 15 Prozent des BIP zu erreichen. Progressive, gender- und umweltsensible Steuersysteme sind eine der wichtigsten Stellschrauben, um Ungleichheit und Armut – national wie international – wirksam zu bekämpfen. Die internationale Steuerkooperation muss hierfür dringend gestärkt und der schädliche Steuerwettbewerb zwischen Staaten eingedämmt werden. Die noch bis 2027 laufenden Verhandlungen für eine Steuerrahmenkonvention der Vereinten Nationen sollte Entwicklungsländer durch eine gerechtere globale Verteilung von Besteuerungsrechten unterstützen, sodass wirtschaftliche Aktivität, die in Entwicklungsländern stattfindet, auch

dort besteuert werden kann. Auch die Steuer- vermeidung und -hinterziehung bei Hochvermögen sowie illegitime Gewinnverschiebungen multinationaler Unternehmen müssen ein Ende finden.

Die globale Schuldenkrise lösen:

In vielen Ländern des Globalen Südens sind die Staatshaushalte durch Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger, also Geldgeber, massiv beeinträchtigt. Über 60 Prozent der Niedrigeinkommensländer sind hoch oder sehr hoch belastet. Die jährliche Zinslast auf Auslandsschulden in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist laut Weltbank auf 160 Mrd. US-Dollar gestiegen – etwa das 2,5-Fache des Niveaus von vor zehn Jahren.

Diese Schuldenlast schränkt den Handlungsspielraum für Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung massiv ein und untergräbt die Fähigkeit zur Anpassung an den Klimawandel. Die menschlichen Konsequenzen sind dramatisch: Laut Weltbank kann sich in den 22 am höchsten verschuldeten Ländern heute jeder zweite Mensch keine ausreichende tägliche Ernährung leisten.

Ein längst überfälliges, verbindliches Insolvenzverfahren für hochverschuldete Staaten findet in der internationalen Politik bisher keinen Konsens. Wichtige Gläubigerstaaten – darunter auch Deutschland – beharren darauf, globale Schuldenfragen weiterhin im exklusiven Rahmen der G20 und des Internationalen Währungsfonds (IMF) zu verhandeln. Die Umschuldungen der letzten Jahre z.B. in Sri Lanka, Ghana, Suriname und Sambia fallen systematisch zu niedrig aus. Die öffentlichen Haushalte dieser Länder bleiben trotz der Umschuldungen weiterhin massiv durch den Schuldendienst belastet.

Die Länder des Globalen Nordens sollten die Forderungen der Staaten des Globalen Südens nach raschen und ausreichenden Entschuldungen unterstützen. Die Umsetzung des in Sevilla beschlossenen zwischenstaatlichen Prozesses zur Reform der internationalen Schuldenarchitektur muss dringend auch von Deutschland und den EU-Staaten unterstützt und umgesetzt werden.

ODA verteidigen

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist eine zentrale Finanzierungsquelle für die SDGs, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen. Sie ist essenziell, um Hunger und Armut zu bekämpfen und Menschen im Globalen Süden dabei zu unterstützen, eine nachhaltige, selbstbestimmte und gerechte Entwicklung zu verwirklichen. Die Sevilla-Verpflichtungen bestätigten zuletzt das Ziel, dass wohlhabende Länder 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) als ODA bereitstellen sollen. Die Realität sieht jedoch anders aus: Erstmals seit 30 Jahren reduzieren Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und zahlreiche weitere Länder gleichzeitig ihre ODA-Leistungen. In Deutschland sank laut OECD die real geleistete ODA um über 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die OECD erwartet, dass die globalen ODA-Flüsse bis 2027 auf das Niveau von vor 2020 zurückfallen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Spannungen begründen die Geber ihre Kürzungen mit hohen Verteidigungsausgaben und priorisieren Investitionen in nationales Wirtschaftswachstum. Sie sollten dabei jedoch nicht in Kurzsichtigkeit verfallen. Denn ODA ist nicht nur aus humanitärer Sicht notwendig, sondern auch aus Eigeninteresse. Die unterlassene Unterstützung für ärmere Länder wirkt als Bumerang in den Globalen Norden zurück. Ohne substanzielle globale Fortschritte bei den SDGs bleiben zentrale Zukunftsaufgaben ungeklärt – vom Kampf gegen den Klimawandel über die Prävention künftiger Pandemien bis hin zur Sicherung einer stabilen Friedensordnung.

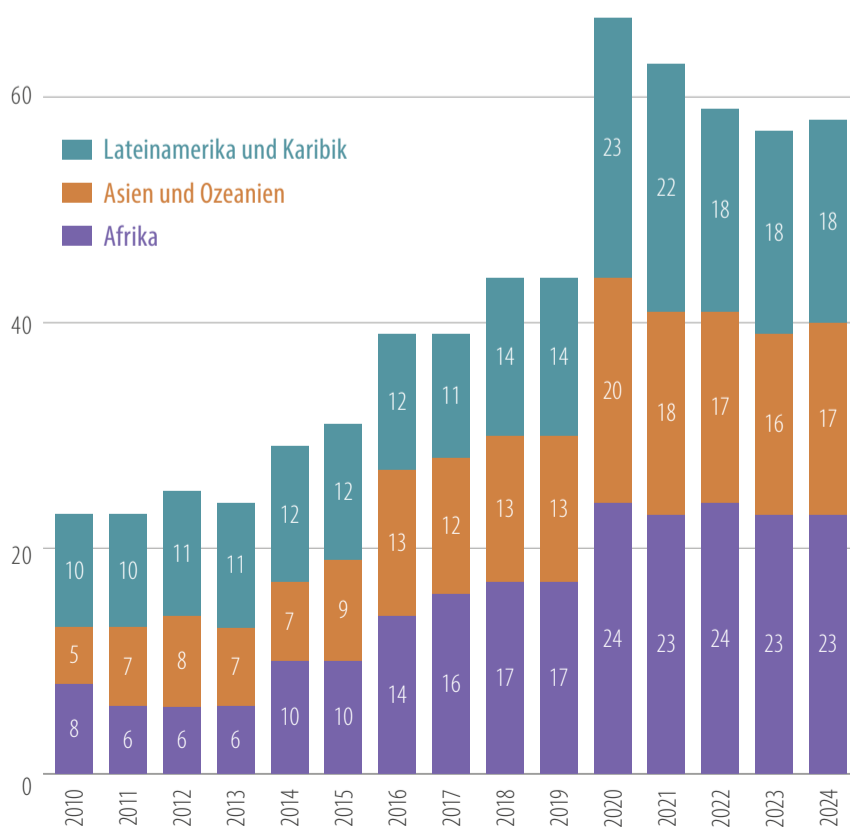
Beim SDG Summit 2027 beginnen die Verhandlungen über Nachfolger für die SDGs für die Zeit nach 2030. Der Prozess der Verhandlung sollte inklusiv, ambitioniert und klar auf die erhöhten Finanzierungsbedarfe der Länder des Globalen Südens eingehen. Grundlegende Reformen der internationalen Finanzarchitektur müssen endlich gelingen, damit die universellen, nachhaltigen Entwicklungsziele schließlich doch noch zum Erfolg werden.

Benjamin Rosenthal ist Politikreferent für Entwicklungsfinanzierung bei MISEREOR.



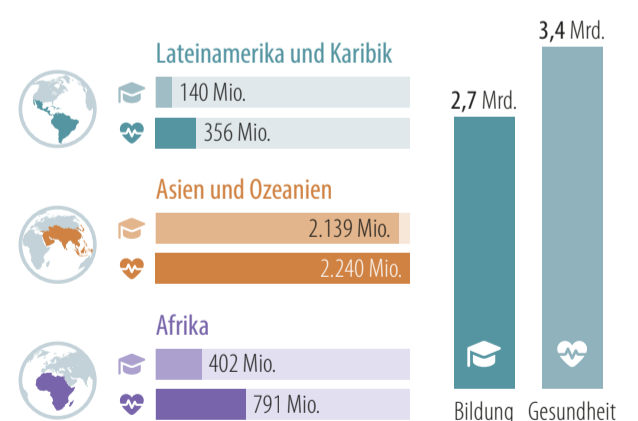
Foto: Christina Kamp

Anzahl der Entwicklungsländer mit einer Verschuldung von über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Quelle: Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), basierend auf dem World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds (IMF), Stand: April 2025

Anzahl der Menschen in Ländern, die mehr für Zinsen als für Bildung bzw. Gesundheit ausgeben



Quelle: Berechnungen des UNCTAD-Sekretariats, basierend auf dem World Economic Outlook (April 2025) des Internationalen Währungsfonds (IMF), Stand: 2021–2023

Immer mehr Länder in der Schuldenkrise

Etwa 25 Entwicklungsländer mussten zwischen 2022 und 2025 mehr als 20 Prozent ihrer Staatseinnahmen für den Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) für Staatsschulden oder staatlich garantierte Auslandskredite aufwenden. So viele Länder waren es seit 2000 nicht mehr, als eine Initiative zur Entschuldung der ärmsten und am höchsten verschuldeten Länder (Heavily Indebted Poor Countries Initiative – HIPC-Initiative) auf den Weg gebracht wurde.

Entwicklungsbanken: Treibende Kraft für nachhaltige Entwicklung?

Ob Windparks in Südafrika, Krankenhäuser in Bangladesch oder der Ausbau der Trinkwasserversorgung in Indien – der Weg zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erfordert Investitionen. Häufig kommt das Geld dafür von Entwicklungsbanken. **VON RICHARD BEIL**

Unternehmen und Regierungen in Ländern des Südens können sich im Normalfall nur zu hohen Zinsen Geld leihen. Ein Grund dafür ist das Ausfallrisiko der Gläubiger, da die wirtschaftliche Lage und die politische Stabilität oft angespannt sind. Um die wirtschaftliche Situation zu verbessern wären jedoch Investitionen notwendig. Die aber sind aufgrund der hohen Zinsen, die die internationalen Finanzmärkte als Risikoprämie verlangen, sehr teuer. Wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass in den Ländern des Südens jährlich rund 1,5 Billionen Euro zusätzlich ausgegeben werden müssten, um deren Wachstumspotenzial auszuschöpfen.

Vorteile von Entwicklungsbanken

Entwicklungsbanken versuchen, diese Stagnation aufzubrechen. Sie können Kredite zu günstigen Zinsen vergeben, denn sie profitieren von verschiedenen Privilegien. In der EU existiert beispielsweise eine Sonderregelung, die 14 große, multilaterale Entwicklungsbanken mit Staaten gleichsetzt. Dadurch gelten sie am Kapitalmarkt als sehr sicher.

Ein weiterer Vorteil ist, dass sie langfristige Investitionen tätigen können. Normale Geschäftsbanken sind eher an kurz- bis mittelfristigen Gewinnen interessiert. Wenn aber zum Beispiel in Indien in den Bau von Schulen in ländlichen Gebieten investiert wird, gibt es keinen unmittelbaren Gewinn für die Investoren. Gut ausgebildete Menschen sind jedoch ein wichtiger

Faktor für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Auch der Schutz des Amazonas-Regenwaldes wirft keinen Gewinn ab. Dennoch ist der Erhalt unserer Umwelt die Grundlage für die menschliche Existenz. Entwicklungsbanken schließen diese Lücke. Sie müssen keine kurzfristigen Gewinne erzielen und sich nicht vor privaten Investorinnen und Investoren rechtfertigen. So können sie sich auf Nachhaltigkeitsziele konzentrieren.

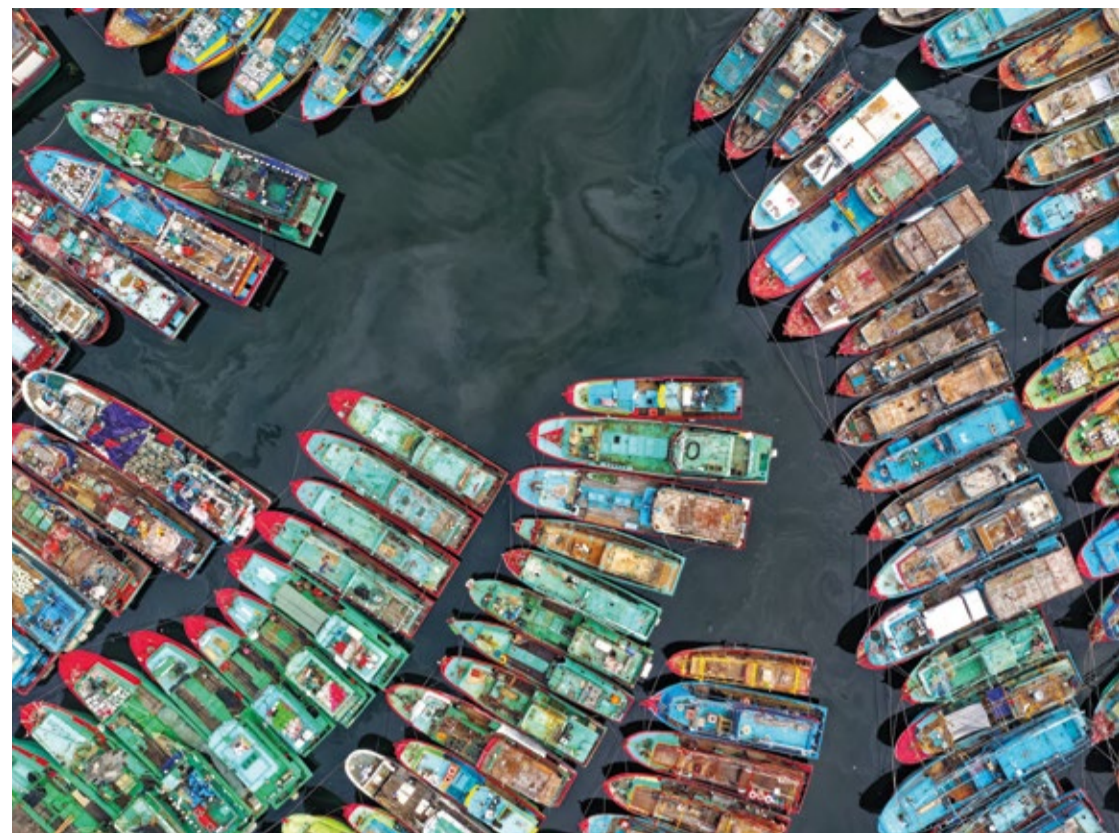
Neben finanzieller Unterstützung bringen multilaterale Entwicklungsbanken Fachwissen und Erfahrung in die Projekte ein, zum Beispiel im Projektmanagement, in Bezug auf Umweltverträglichkeitsprüfungen oder Regulierung. Durch ihre zahlreichen Niederlassungen haben sie eine starke regionale Präsenz. Gleichzeitig fördern sie die Zusammenarbeit und den Wissensaustausch.

Kritikpunkt Umweltauswirkungen

Vor allem im letzten Jahrhundert haben sich die Entwicklungsbanken auf Infrastrukturprojekte wie Staudämme oder Straßenbau konzentriert, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können. Ein prominentes Beispiel ist der Itaipu-Staudamm am Paraná-Fluss an der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay. Zwar verbessern solche Projekte die Energie- und Wasserversorgung, doch es werden auch Lebensräume zerstört, Gewässer verschmutzt und indigene Gemeinschaften vertrieben.

Umstrittene Konditionalität

Seit den 1980er-Jahren werden Kredite häufig an Bedingungen wie den Abbau sozialer Sicherungssysteme oder die Privatisierung staatlicher Unternehmen geknüpft. Diese Auflagen können jedoch zu politischer Instabilität führen. Gleichzeitig ist der positive Effekt von Privatisierungen auf das Wirtschaftswachstum nicht belegt. Kritikerinnen und Kritiker fordern daher eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und eine flexiblere Vergabe von Finanzmitteln.



Fischerboote in Indonesien: Entwicklungsbanken müssen das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Umweltauswirkungen bei ihrer Finanzierung bedenken. Kritikerinnen und Kritiker argumentieren, dass Umweltaspekte in der Vergangenheit häufig zu wenig beachtet wurden. (Foto: Tom Fisk)

Nachhaltiges Landschaftsmanagement in Indonesien

Die Ozeane Indonesiens sind vitale Ökosysteme, die eine wichtige Rolle für den Wohlstand und die Lebensgrundlagen von etwa 60 Millionen Menschen entlang der Küsten spielen. Allerdings sind diese wertvollen marinen Lebensräume bedroht – durch Überfischung, Umweltverschmutzung und die zunehmende Bebauung entlang der Küsten. Besonders kritisch sind die Auswirkungen auf empfindliche Ökosysteme wie Korallenriffe und Mangroven.

Um den nachhaltigen Schutz der marinen Ökosysteme zu gewährleisten, hat die indonesische Regierung mit Unterstützung der Weltbank 1998 das »Coral Reef Rehabilitation and Management Program« ins Leben gerufen. Zunächst konzentrierte sich das Projekt darauf, das Bewusstsein für den Schutz mariner Ökosysteme zu stärken und die Gemeinden in die Verantwortung für ihre Küstenressourcen einzubeziehen. Mit Erfolg: Die illegale und destruktive Fischerei in den Projektgebieten ging um 60 Prozent zurück, die Korallenriffbedeckung nahm um 17 Prozent zu. Die positiven Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der Küstengemeinden waren deutlich spürbar.

Eine bedeutende Errungenschaft war die »Coral Triangle Initiative on Coral Reefs, Fisheries and Food Security« im Jahr 2009 in Zusammenarbeit mit Timor-Leste, den Philippinen, Malaysia, Papua-Neuguinea und den Salomonen. Als Teil ihrer Verpflichtungen hat die indonesische

Regierung 20 Millionen Hektar als Meeresschutzgebiete ausgewiesen. Schließlich wurde auch verstärkt in die Forschung investiert. Neue Technologien und innovative Indizes zum Gesundheitszustand von Korallen, Seegras und Mangroven wurden entwickelt, um das Management der marinen Ökosysteme effektiver zu gestalten.

Um diese Kooperation zu ermöglichen, hat die Weltbank gemeinsam mit der Asian Development Bank und der sogenannten Globalen Umweltfazilität (einem Mechanismus zur Finanzierung von Umweltprojekten) für dieses Unterprojekt 57,3 Millionen US-Dollar (ca. 53,95 Millionen Euro) als Kredit zur Verfügung gestellt. Davon sind zehn Millionen ein Zuschuss. Das bedeutet sie, müssen nicht zurückgezahlt werden. Von diesem Geld werden zum Beispiel Konferenzen zur Vernetzung von Forschenden, Umweltpolitikerinnen und -politikern sowie Menschen aus der Zivilgesellschaft in der Region bezahlt und Meeresschutz-Fachleuten angestellt.

Die Weltbank spielte eine wesentliche Rolle, um das Programm zu stärken. Die finanzielle Unterstützung und technische Expertise haben es der indonesischen Regierung erst ermöglicht, wirksame Maßnahmen zum Schutz der marinen Ökosysteme zu umzusetzen. Mit einer inzwischen 25-jährigen Laufzeit ist das Projekt ein gutes Beispiel für den langfristigen Investitions-horizont multilateraler Entwicklungsbanken.

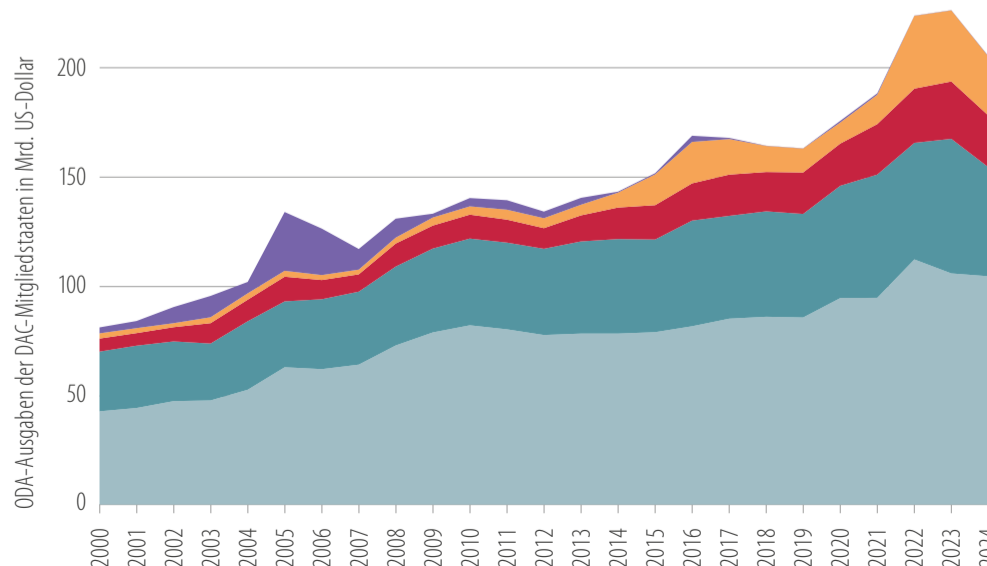
Entwicklungsbanken

Entwicklungsbanken sind Banken, die große Kredite für langfristige Entwicklung vergeben. Eine der ältesten internationalen Entwicklungsbanken, die **Weltbankgruppe**, wurde 1944 zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Sie arbeitet eng mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) zusammen.

Sind mehrere Staaten beteiligt, spricht man von **multilateralen Entwicklungsbanken**. Regionale Entwicklungsbanken wie die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) konzentrieren sich auf spezifische Regionen. Empfänger der Kredite sind Gebietskörperschaften wie Staaten, Bundesländer, Städte und Gemeinden, Staatsbetriebe oder kleine und mittelständische Unternehmen, die damit die von ihnen vorgeschlagenen Projekte umsetzen. Im Idealfall werfen diese Projekte Gewinne ab, mit denen die Entwicklungsbank dann wieder neue Projekte finanzieren kann.

Neben den multilateralen Entwicklungsbanken gibt es auch **nationale Entwicklungsbanken**, die aber durchaus auch weltweit investieren. Zu den größten gehören die China Development Bank (CDB), die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Brasilianische Entwicklungsbank (BNDES).

Wofür die Mittel aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) ausgegeben werden



Quelle: OECD, April 2025. Die Daten für 2024 sind vorläufige Daten.

Seit 2024 sinken die Mittel für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) deutlich. In den Jahren zuvor sind die Ausgaben vor allem aufgrund der gestiegenen Ausgaben für Geflüchtete und der Unterstützung für die Ukraine auf ein Rekordhoch gestiegen. Nach den Regeln des Entwicklungsausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gelten diese Ausgaben als eine Art humanitärer Hilfe und können als ODA angerechnet werden.

- Netto-Zuschüsse zum Schuldenabbau
- Ausgaben für Geflüchtete in den Geberländern
- Humanitäre Hilfe
- Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- Bilaterale Entwicklungsprojekte, -programme und technische Zusammenarbeit

Rettungsanker Rücküberweisungen

Sie sind mehr als dreimal so hoch wie die Mittel aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und übertreffen auch die ausländischen Direktinvestitionen: die Rücküberweisungen, die Migrantinnen und Migranten Jahr für Jahr in Entwicklungsländer schicken. In der Corona-Pandemie erwiesen sie sich wider Erwarten als Rettungsanker und halfen vielen ärmeren Haushalten, die Krise zu überstehen. **VON CHRISTINA KAMP**

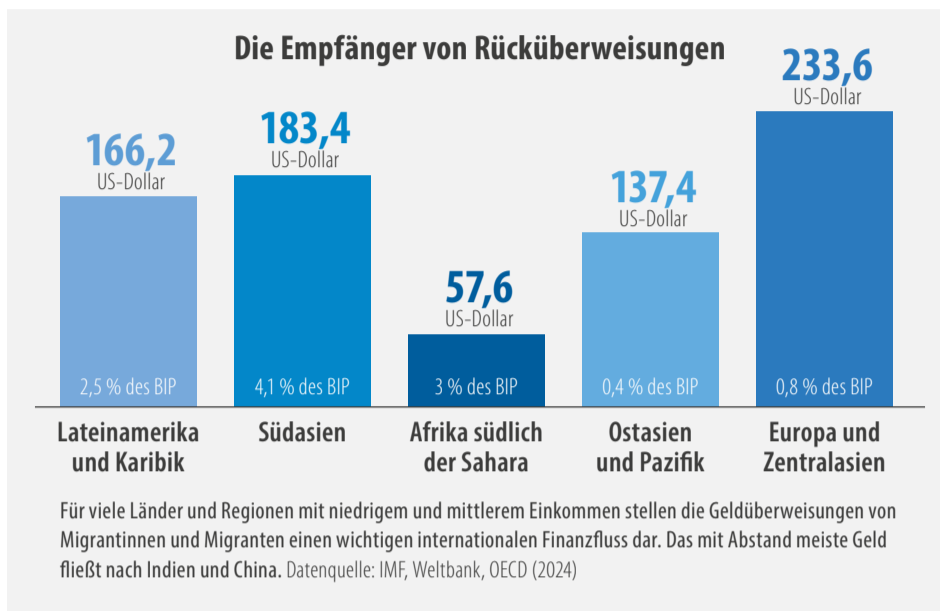
Die finanzielle Unterstützung durch Angehörige im Ausland stärkt die Familienbande und kann auch die Entwicklung in ihrer Heimat voranbringen. Im Jahr 2024 schickten Migrantinnen und Migranten nach Daten der Weltbank rund 683,5 Milliarden US-Dollar in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Nach Schätzung des Global Forums on Migration and Development fließt dreimal so viel Geld durch Rücküberweisungen in Entwicklungsländer wie aus Mitteln der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Über die Hälfte der Rücküberweisungen geht an Haushalte in ländlichen Gebieten und trägt wesentlich zur ländlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung bei. In die Landwirtschaft fließt damit sogar viermal so viel Geld aus Rücküberweisungen wie aus Mitteln der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Auch in der Pandemie stabil

Sogar während der COVID-19-Pandemie blieben die Überweisungsströme recht stabil. Obwohl zunächst ein starker Rückgang erwartet worden war, gab es 2020 nur eine leichte Verringerung um 2,4 Prozent gegenüber 2019. 2021 stiegen die Rücküberweisungsströme in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen dann bereits wieder an.

Zwar schicken Migrantinnen und Migranten »nur« ca. 15 Prozent ihres Einkommens in die Heimat. Doch vor Ort kann dieses Geld mehr als die Hälfte des Gesamteinkommens der Haushalte ausmachen. In vielen Ländern liegt der Anteil der Rücküberweisungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweistelligen Bereich. Besonders hoch ist er in einigen zentralasiatischen Ländern und in kleinen Inselstaaten, zum Beispiel im Pazifik, wo er – Stand 2024 – im Durchschnitt bei 9,3 Prozent des BIP liegt.



Mehr Geldströme auf formellen Wegen

In den letzten 20 Jahren haben sich die Überweisungsströme vervierfacht. Auch die Art und Weise, wie Geld geschickt wird, hat sich enorm verändert. Früher verließen sich viele Migrantinnen und Migranten auf informelle Lösungen. So fanden Geldscheine eingerollt und in Kassetten versteckt per Post den Weg nach Ghana oder Bargeld wurde heimreisenden Bekannten mitgegeben, kam aber in den Dörfern Bangladeschs nicht immer oder nur mit Verspätung an. Heute werden dagegen deutlich mehr formelle, digitale Überweisungen getätigt. Dadurch werden sie nun auch statistisch besser erfasst.

Banken, Finanzinstitute, Geldtransferunternehmen oder Postfilialen bieten heute einfachere und sichere Möglichkeiten, international Geld zu überweisen. Eine durchschnittliche Überweisung beträgt etwa 200 bis 300 US-Dollar pro Monat. Immer häufiger werden diese Beträge auch über Mobiltelefone verschickt.

So hat zum Beispiel in Bangladesch das Zahlungssystem »bKash« den Zahlungsverkehr revolutioniert. Um über »bKash« Geld zu senden und zu empfangen, ist kein Bankkonto nötig. Das Geld kann einfach in teilnehmenden Geschäften eingezahlt und mit einer PIN-Nummer abgeholt werden. So ist das Zahlungssystem auch in abgelegenen Dörfern verfügbar.

Kostenentwicklung

Auch die Kosten für solche einfachen und sicheren Überweisungen sind erheblich gesunken, nach Angaben des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) auf inzwischen ca. sechs Prozent. Bei digitalen Überweisungen betragen sie im Schnitt noch 4,3 Prozent. Das ist erfreulich, doch die Zielvorgabe von SDG 10c ist damit noch nicht erreicht. Danach sollen bis 2030 die Transaktionskosten für Überweisungen von Migrantinnen und Migranten in die Heimat auf unter drei Prozent gesenkt werden.

Definition

Internationale Rücküberweisungen sind Geld- oder Sachleistungen, die von Migrantinnen und Migranten direkt an Familien oder Gemeinschaften in ihren Herkunftsländern geleistet werden.

Datenquelle

Die Weltbank stellt globale Daten über internationale Überweisungen zusammen, ungeachtet der unzähligen Datenlücken, Definitionsunterschiede und methodischen Herausforderungen bei der Erstellung genauer Statistiken. Diese Daten erfassen jedoch nicht die Geldströme über informelle Kanäle, so dass die Summe der weltweiten Rücküberweisungen wahrscheinlich erheblich höher ist als die verfügbaren Schätzungen.

In den USA als wichtigem Einwanderungsland geht die Entwicklung derzeit allerdings in die entgegengesetzte Richtung und läuft damit den SDGs zuwider: Seit dem 1. Januar 2026 müssen die US-amerikanischen Anbieter von Geldtransfers ins Ausland eine neu eingeführte Steuer in Höhe von einem Prozent erheben, wenn der Absender oder die Absenderin mit Bargeld, Zahlungsanweisung, Bankscheck oder einem ähnlichen physischen Zahlungsmittel bezahlt.

Solange die Transferkosten hoch bleiben, sehen sich viele Migrantinnen und Migranten weiterhin gezwungen, Geld auf informellen, unsicheren aber preisgünstigeren Wegen zu schicken. Zu viel von ihrem oft hart erarbeiteten Geld, das die Finanzinstitute oder der Staat in Form von Gebühren oder Steuern abzweigen, geht für ihre Familien und für die Entwicklung vor Ort verloren.

Gerade in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen wird der größte Teil der Überweisungen dazu verwendet, die Grundbedürfnisse der Haushalte zu decken. Auch wird viel davon in Bildung und unternehmerische Aktivitäten investiert, um das Haushaltseinkommen zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen und den Angehörigen in der Heimat heute und in Zukunft ein gutes Auskommen zu ermöglichen.

Wie Migrantinnen und Migranten mit Rücküberweisungen zur Umsetzung der SDGs beitragen

ZIEL 3 Rücküberweisungen, die in medizinische Versorgung, Medikamente, Vorsorge oder Krankenversicherungen investiert werden, verbessern den Gesundheitszustand von Familien.



ZIEL 1 Eine Analyse von 71 Entwicklungsländern hat gezeigt: Eine zehnpromtenteige Steigerung der Rücküberweisungen pro Kopf verringert die Armutsquote um 3,5 Prozent.

ZIEL 2 In ländlichen Gemeinschaften fließt die Hälfte der Rücküberweisungen in die Landwirtschaft. Das zusätzliche Einkommen verbessert die Ernährungslage.

ZIEL 6 Um die lokale Entwicklung in der Heimat voranzubringen, schließen sich Migrantinnen und Migranten oft zusammen und stellen technische Hilfe und Mittel bereit, z. B. zur Verbesserung der Wasserversorgung.

ZIEL 7 Rücküberweisungen werden gerne in die Verbesserung der Wohnqualität investiert, auch in effizientere Kochstellen und saubere Energien.



ZIEL 4 Familien, die von Angehörigen aus dem Ausland unterstützt werden, investieren etwa ein Zehntel ihres Einkommens in die Schulbildung ihrer Kinder. Ihre Kinder, insbesondere Mädchen, gehen häufiger und länger zu Schule.

ZIEL 5 Rücküberweisungen verändern die Rolle von Frauen, sowohl derer, die Geld schicken, als auch derer, die Geld empfangen. Sie sind finanziell unabhängiger.

ZIEL 10/10.C Sinken die Überweisungskosten, erhöht sich das verfügbare Einkommen der unterstützten Familien. Werden die Kosten auf durchschnittlich drei Prozent gesenkt, würden die Familien über 18 Milliarden Euro sparen.



ZIEL 8 Das Geld von Migrantinnen und Migranten stärkt die Wirtschaft. Ihre Investitionen in Kleinst-, Klein- und mittelständische Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und Einkommen.

ZIEL 17 Mit Initiativen wie dem Globalen Migrationspakt engagiert sich die internationale Gemeinschaft dafür, die positiven Auswirkungen auf Entwicklung von Rücküberweisungen zu stärken.



Quelle: Sending Money Home: Contributing to the SDGs, one family at a time. International Fund for Agricultural Development (IFAD), 2017 (gekürzt).

1. aktualisierte Auflage, Stand Januar 2026 (Erstauflage: 2023) · ISSN 1614-5437

HERAUSGEBER
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 · D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0
E-Mail: info@dgvn.de · Web: www.dgvn.de

@dgvn_tv | LinkedIn | Facebook | Instagram

VERANTWORTLICH
Peter Wittschorek, DGVN-Generalsekretär

REDAKTION
Christina Kamp
Richard Beil, Oliver Hasenkamp, Jana Krieg (DGVN)
Aktualisierung (2026): Max Seidel, Oliver Hasenkamp (DGVN)

Gestaltung: Cornelia Agel · Druck: vierC print+mediafabrik
Klimaneutrale Produktion und Druck auf Blauer-Engel-zertifiziertem Papier.



Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.